



MARKT RIMPAR

NIEDERSCHRIFT ÜBER DIE ÖFFENTLICHE SITZUNG DES MARKTGEMEINDERATES

Sitzungsdatum:	Donnerstag, 01.03.2018
Beginn:	19:30 Uhr
Ende	20:46 Uhr
Ort:	im Sitzungssaal des Rathauses

ANWESENHEITSLISTE

1. Bürgermeister

Losert, Burkard

Mitglieder des Marktgemeinderates

Bötsch, Bettina
Keidel, Helmut
Laug, Wolfgang
Meißner, Robert
Neumann, Jürgen
Pototzky, Wilhelm
Schmid, Harald
Schneider, Peter
Voll, Oliver
Wagenbrenner, Dieter
Weidner, Bernhard
Weßner, Alexander
Wetzel, Thomas
Wiener, Nicole

Schriftführer

Amon, Michael

Weitere Anwesende

Herr Josef Weiler, Seniorenrat

Abwesende und entschuldigte Personen:

Mitglieder des Marktgemeinderates

Dernbach, Ralf
Fischer, Florian
Fischer, Josef
Michel, Armin

Weippert, Elke
Wiesner, Dirk

TAGESORDNUNG

Öffentliche Sitzung

- 1 Protokoll 01.02.2018
- 2 Interkommunales Feldhamsterkonzept Würzburg Norden
- 3 Verzicht auf den Einsatz von glyphosathaltigen Herbiziden auf Grundstücken des Marktes Rimpar
- 4 Planfeststellungsverfahren für die Westumgehung von Rimpar und Information zur Planung der Südtrasse Rimpar/Maidbronn
- 5 Verschiedenes

1. Bürgermeister Burkard Losert eröffnet um 19:30 Uhr die öffentliche Sitzung des Marktgemeinderates, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Marktgemeinderates fest.

Zur Tagesordnung bittet 1. Bürgermeister Losert darum, die Punkte 1 der öffentlichen und nichtöffentlichen Sitzung – Protokolle – abzusetzen, da die Niederschrift noch nicht fertiggestellt werden konnte. Dagegen werden keine Einwände erhoben.

ÖFFENTLICHE SITZUNG

1 Protokoll 01.02.2018

Zurückgestellt.

2 Interkommunales Feldhamsterkonzept Würzburg Norden

1. Bürgermeister Losert trägt vor, dass man über ILEK eine Studie des Büros Fabion habe anfertigen lassen und zeigt Eckpunkte der Ausarbeitung an der Projektionswand. In der Region Würzburger Norden sei das Feldhamster-Vorkommen von größter Bedeutung, was ein entsprechendes Management erfordere. Die Studie des Büros Fabion diene für die Kommunen des Würzburger Nordens, die Flächenentwicklung „feldhamstergerecht“ zu gestalten. Bei der Vorstellung der Studie bei der Regierung im Rahmen der ILEK habe er darum gebeten, das Konzept weiterzuentwickeln und in den Rang einer Verordnung zu erheben, wie es beim Gewässerschutz ebenso der Fall sei. Über die Ausübung von Vorkaufsrechten sei es den Kommunen möglich, bei Eigentumsübergängen in den Besitz entsprechender Flächen zu kommen. Im Eigentum habe man dann vollen Zugriff darauf. Im untersuchten Gebiet – gelb schaffiert – sind interessante Flächen dabei als Ausgleich für die Umgehungsstraße, das wäre, so die Regierung, eine gute Grundlage. Der Marktgemeinderat sollte das Feldhamsterkonzept deshalb als Leitlinie bei der Entwicklung der Gemeinde heute zustimmend zur Kenntnis nehmen.

Ratsmitglied Weidner hält ein solches Management für sehr sinnvoll. Es müsse in der Region ein vernünftiges Geben und Nehmen sein, was der Stadt Würzburg – man denke an IKEA und Hornbach – allerdings sehr spät ein falle. Diesbezügliche Bedenken habe der Markt Rimpf im jeweiligen Verfahren immer angemeldet. Es sei deshalb gut, wenn man hier miteinander spreche und gemeinsam vorgehe.

1. Bürgermeister Losert verweist auf die Vorstellung der Studie anlässlich ILEK in Bergtheim. Dort habe man Bedenken erhoben, dass die Untersuchung lediglich der Stadt Würzburg dienen würde. Er habe dies relativiert; denn wenn das Konzept nämlich zu einer Verordnung führe, bekomme man von möglichen Eigentumsübergängen Kenntnis und könne das gemeindliche Vorkaufsrecht geltend machen. Bezüglich des Standortes für das Stadion sei ein solcher Flächenverbrauch westlich der B 19 wohl nicht möglich, weil Raumwiderstände (z.B. Hamsterlebensräume) dies nicht ermöglichen. Auf diese Weise könne man vielleicht Ängsten und Bedenken entgegentreten. Er schlage deshalb für heute vor, dass das Gremium die Ausarbeitung zustimmend zur Kenntnis nimmt. Dies sei an ILEK weiterzugeben. Zur Information sei noch mitge-

teilt, dass die für den 21.03.2018 anberaumte gemeinsame Gemeinderatssitzung der beteiligten ILEK-Gemeinden auf den 11.04.2018, 19.30 Uhr in der Mehrzweckhalle Maidbronn, verschoben werden müsse.

Beschluss:

Der Marktgemeinderat nimmt das Interkommunale Feldhamsterkonzept Würzburger Norden zustimmend zur Kenntnis.

Zur Kenntnis genommen

3 Verzicht auf den Einsatz von glyphosathaltigen Herbiziden auf Grundstücken des Marktes Rimpar

Der Vorsitzende erläutert den Sachverhalt und verweist auf die drei Punkte des bekannten Beschlussvorschlages. Der Landkreis habe die Angelegenheit ebenfalls am Montag auf der Tagesordnung des Bau- und Umweltausschusses. Im Fraktionsgespräch habe man überlegt, ob man Textziffer 2 des Beschlussvorschlages so belasse oder nicht.

Ratsmitglied Weidner verweist auf die Zulassung des Mittels in der EU für weitere fünf Jahre. Das Mittel sei nur mit entsprechender Sachkunde anzuwenden. Der Markt Rimpar verzichte bei seinen eigenen Flächen schon länger auf den Einsatz. Private Unternehmer, die man beauftrage, könnte man ebenfalls verpflichten. Man müsse das hier aber nicht für die Augenwischerei darstellen.

Ratsmitglied Schneider sieht die Sache überhaupt nicht als Augenwischerei. Beim Abschluss neuer Pachtverträge sollte man auf dieses Mittel unbedingt verzichten. Das wäre für alle eindeutig, dass man kein Glyphosat mehr wolle.

Ratsmitglied Weißner stimmt dem vorbehaltlos zu. Das Mittel sei sehr stark umstritten, und die Verlängerung auf fünf Jahre sei gerade noch so gelaufen, auch wenn die meisten wohl dagegen waren. Solange Glyphosat derart umstritten und nicht bekannt sei, ob sich irgendwann gesundheitsschädliche Effekte ergeben, müsse man zumindest auf den gemeindeeigenen Grundstücken den Einsatz unterbinden, da man dem Bürger gegenüber in der Verantwortung stehe.

Ratsmitglied Keidel erklärt, das Mittel auch teilweise eingesetzt zu haben. Viele Versuche in der Vergangenheit, teilweise mit Ratten, hätten keine Hinweise auf eine Krebserkrankung ergeben. Man verfüge hier nicht über die Kenntnisse, ob das wirklich toxisch sei, das müsse man die Fachleute entscheiden lassen.

Ratsmitglied Pototzky stimmt insoweit zu, als keiner hier die Studienlage überblicke. Letztlich gehe es darum, wem man glauben könne. Der vorliegende Beschlussvorschlag stamme wohl nicht von der Verwaltung, sondern sei von Fachleuten formuliert worden (1. Bürgermeister Losert wirft ein, dass der Text vom Landratsamt stamme). Man halte die Einschränkung des Verbrauchs dieses wahrscheinlich krebserregenden Mittels für einen vernünftigen Schritt, so dass man hier und heute dem Verzicht zustimme.

Ratsmitglied Weidner entgegnet, dass Feinstaub ganz sicher krebserregend sei, und dennoch fasse man hier keinen Beschluss, dass die Gemeinde ihre Dieselfahrzeuge stillege. Man müsse aufpassen, was man beschließe.

Ratsmitglied Keidel weist darauf hin, dass alle Landwirte die Sachkunde im Umgang mit Glyphosat nachweisen und alle drei Jahre wiederholen müssen.

Ratsmitglied Wetzel räumt ein, dass es schwierig sei, sich hier eine Meinung zu bilden und eine Entscheidung zu treffen, da man kein Experte sei. Aber wenn eine Verordnung vorliege, sei man ohne entsprechende Strafbewehrung ein zahnlöser Tiger. Man habe als Verpächter letztlich nichts in der Hand. Er würde dazu gerne die Meinung von Ratskollegin Bötsch hören, die ja aus der Landwirtschaft komme. Was spreche für und gegen den Einsatz von Glyphosat?

Ratsmitglied Bötsch erklärt, dass ihre Familie kein Glyphosat verwende. Allerdings sei man ein Betrieb mit überwiegend Grünland. Glyphosat werde überwiegend auf Ackerland eingesetzt, man verwende nur das Allernotwendigste an Herbiziden. Sie habe viele Untersuchungen gelesen und sei der Meinung, dass das Mittel schon schädlich für Umwelt und Menschen sei; es baue sich im Wasser kaum ab, es sei überall nachzuweisen, beispielsweise im Urin und im Bier, und man könne nichts dagegen machen. Wenn Landwirte Glyphosat allerdings „Knall auf Fall“ nicht mehr verwenden dürfen, hätten sie gegenüber anderen, die das noch benutzen, einen gravierenden Wettbewerbsnachteil. Wenn schon Verbot, dann nur im Wege einer bundesweit geltenden „Regelung von oben“, die alle Landwirte gleichstellt. Das wäre jedenfalls besser als ein Verbot durch einzelne Landkreise. Allerdings bestehe dann die Gefahr, dass Landwirte verschiedene Mittel zusammenmischen, um den gleichen Effekt zu erzielen. Im Ergebnis glaube sie, das Glyphosat schädlich sei und werde deshalb dem vorliegenden Entwurf zustimmen. In England seien schon viele Unkräuter resistent gegen Glyphosat, und ähnliches werde für Deutschland prognostiziert.

Ratsmitglied Schneider möchte keinem Landwirt unterstellen, dass er das Mittel falsch aufbringe. Interessant sei doch, dass kein einziger Hersteller bis heute eine Unbedenklichkeitserklärung abgeben habe; denn kein Hersteller könne zu 100 % ausschließen, dass das Mittel ungefährlich sei. Es werde generell noch zu oft eingesetzt, und für ihn sei die Unbedenklichkeit einfach nicht gegeben.

Ratsmitglied Keidel meint, dass man dann aber auch andere gefährliche Tätigkeiten oder Substanzen – Alkohol und Nikotin beispielsweise – verbieten müsse. Die Bahn setze Glyphosat ein für die Freimachung der Gleise. Und wisse man wirklich, ob die Farben beim Friseur für die Haarfärbung unschädlich seien? Wenn schon ein Glyphosat-Verbot, dann aber komplett und nicht nur auf geringen Teilflächen.

Für 1. Bürgermeister Losert stellt sich die Frage, ob es ein adäquates Ersatzmittel gebe, das nicht diese Bedenken hervorrufe.

Ratsmitglied Keidel bejaht dies; solche Mittel gebe es, aber nur solche mit einem weitaus höheren Verbrauch.

Der Vorsitzende meint, dass auch die Bodenerosion „nicht ohne“ sei. Fakt sei, dass aufgrund der aktuellen laufenden Vertragslagen kein Raum für Punkt 2 bestehe; in abgeschlossene Pachtverträge könne man nicht einseitig eingreifen, Änderungen seien nur auf freiwilliger Basis möglich. Wenn der Gemeinderat es wünsche, könne man alle Pächter anschreiben, ob sie auf freiwilliger Basis „dabei seien“.

Ratsmitglied Weidner möchte eine getrennte Abstimmung über die Punkte 1 und 3; über Punkt 2 sollte separat abgestimmt werden.

Ratsmitglied Keidel betont, dass das Mittel in der Wachstumsphase der Früchte nicht eingesetzt werde, nur vorher oder nach dem Abernten des Getreides auf die Stoppel. Proben von ihm seien in der Vergangenheit untersucht und für in Ordnung befunden worden. Im Übrigen sei auch auf den umstrittenen Import und den Einsatz von Genpflanzen aus Südamerika hinzuweisen.

Ratsmitglied Weißner erklärt, dass er häufig mit dem Fahrrad spazierenfahre. Dabei stelle er oft fest, dass die Feldränder abgespritzt werden. Und falls sich jemand noch an das frühere Holzschutzmittel Xyladecor erinnern könne, das in den Häusern verwendet worden sei. 20 Jahre haben die Geschädigten darum kämpfen müssen, bis die Schädlichkeit endlich anerkannt wurde. Viele Umweltverbände hätten ohne finanzielles Interesse Untersuchungen zu Glyphosat angestellt. Aufgrund der Ergebnisse könne man doch kaum noch in Abrede stellen, dass das Mittel massiven Einfluss habe. Er jedenfalls möchte die Chance heute wahrnehmen.

1. Bürgermeister Losert hält die Argumente nun für ausgetauscht.

Ratsmitglied Schmid ist der Ansicht, dass Punkt 2 kein striktes Verbot beinhalte, sondern lediglich eine Absichtserklärung. Es sei gut, wenn man den Landwirten, die künftig pachten wollen, im Vorfeld rechtzeitig sage, was die Gemeinde beabsichtige, also einen Pächterverzicht bei Neuabschluss. Wenn die Bundesregierung festlege, dass man in der EU dagegen stimme, und nur ein bayerischer Minister zum falschen Zeitpunkt in Brüssel die Hand gehoben habe – hätte er anders gestimmt, wäre das Mittel wohl schon verboten. Vielleicht verfüge man über neue Erkenntnisse, bis die Verträge auslaufen. Dann sollte man heute eine Absichtserklärung beschließen und den Landwirten mitteilen, dass man als Markt Rimpar beabsichtige, bei künftigen Neuverträgen eine entsprechende Klausel aufzunehmen.

Der Vorsitzende liest Punkt 2 der Beschlussvorlage lt. Skriptum („Beim Abschluss neuer Pachtverträge...“) vor. Damit hätte man „die Bremse drin“. Falls ein Interessent beim Neuabschluss von Verträgen oder Verlängerungen nicht von sich aus verzichte, bedürfe es eines Beschlusses des Gemeinderats. Damit wäre die Absichtserklärung umgesetzt, und die Tür bleibe offen für andere Entscheidungen.

Ratsmitglied Bötsch hofft, dass die Sache irgendwann doch noch „von oben“ reguliert werde. Eventuell gebe es dann eine neue Ackerbaustrategie mit Alternativen.

1. Bürgermeister Losert ist der Ansicht, dass die Karten ohnehin neu gemischt werden, wenn die Pachtverträge auslaufen.

Beschluss:

Beim Abschluss neuer Pachtverträge für gemeindeeigene landwirtschaftliche Flächen und bei der Verlängerung von entsprechenden Pachtverträgen wird eine Klausel eingefügt, mit der sich der Pächter zum vollständigen Verzicht auf den Einsatz von glyphosat-haltigen Mitteln auf diesen Flächen verpflichtet.

Beschlossen Ja 15 Nein 0

Der Vorsitzende führt aus, dass sich die Westtrasse seit dieser Woche im Verfahren befinde; die Einspruchsfrist laufe bis 09.04.2018. Am 12.03.2018 finde die Sonderbürgerversammlung um 19.00 Uhr in der Turnhalle Neue Siedlung statt. Dabei bestehe ausreichend Zeit und Gelegenheit für die Bürgerschaft, sich nach der Präsentation der Büros Maier und Fabion zu Wort zu melden. 1. Bürgermeister Losert zeigt den geplanten Verlauf der Südtrasse auf der Projektionswand.

Am 14.02.2018, so 1. Bürgermeister Losert, habe beim Ingenieurbüro Maier mit den Beteiligten eine Besprechung zur Diskussion der Verkehrsgutachten stattgefunden. Aus den inzwischen beim Landratsamt angeforderten Zulassungszahlen gehe hervor, dass auf den Ortsstraßen mit einer Zunahme der Fahrzeuge zu rechnen sei. Der Ziel- und Quellverkehr werde also nicht abnehmen. Zugunsten eines verbesserten Lärmschutzes wurde die Verkehrszählung 2010 herangezogen. Weiteres zum Ortanschluss Maidbronn, zu den Kreisverkehren und zu Flora und Fauna – Haselmaus, Fledermaus, Hamster – wird auf der Bürgerversammlung am 12.04.2018 dargestellt.

Ratsmitglied Weißner meint, dass im Zuge der Anbindung von Maidbronn keine LKW durch den Ort fahren dürfen.

1. Bürgermeister Losert erklärt, dass hinter dem bestehenden Gewerbegebiet im Flächennutzungsplan eine G-Fläche enthalten sei. Es werde empfohlen, dies herauszunehmen, weil die Fläche als Hamsterlebensraum beansprucht wird und unter der Fahrbahn durch verbunden werden solle. Wenn die Trasse festgelegt sei, werde die Gemeinde die innerörtlichen Anbindungen planen. Hier gelte es, durch eine kreative Planung eine schleichende innerörtliche Umgehung zu vermeiden.

Ratsmitglied Weidner bezeichnet das Verfahren wie geplant als sehr passend, alle Fakten lägen auf dem Tisch, die Unterlagen seien im Internet veröffentlicht. Was er sich allerdings nicht vorstellen könne und was nur schwer zu glauben wäre, sei die Abnahme des Verkehrs 2015 gegenüber 2010. Insgesamt bewege man sich auf einem guten Weg. Und von wegen Informationen zu spät oder ungenügend – alles sei veröffentlicht, diskutiert und „auf dem Tisch“.

Ratsmitglied Laug fragt, ob der Kreisverkehr zur Ortsanbindung zur Trasse gehöre oder ob man das selbst zu entscheiden hätte.

1. Bürgermeister Losert antwortet, dass die Trasse mit dabei wäre, aber noch nicht im Verfahren. Dieses soll im Herbst beginnen, das Büro Maier habe das nach den Planungsrichtlinien konzipiert.

Ratsmitglied Meißner erkundigt sich nach der Anbindung zum Baugebiet Bickelsgraben.

Der betreffende Straßenast, so 1. Bürgermeister Losert, werde Ortsstraße, dann könne die Gemeinde Ausfahrten bauen, wenn der Gemeinderat das wünsche. Ein Teil der alten Kreisstraße werde zurückgebaut und für den landwirtschaftlichen Verkehr vorgehalten.

Zur Kenntnis genommen

5 Verschiedenes

a) Haushaltsgespräch

Die Fraktionssprecher werden gebeten, am Montag, 05.03.2018 um 15.30 Uhr zum Haushaltsgespräch kommen.

b) Wasseruntersuchung auf Pflanzenschutzmittel

Ratsmitglied Voll fragt, ob bei der regulären Untersuchung des Trinkwassers auch auf Pflanzenschutzmittel untersucht werde. Herr Dehmer habe bei der Bürgerversammlung in Gramschatz eine entsprechende Aussage gemacht.

1. Bürgermeister Losert erklärt, dass es mehrmals im Jahr an verschiedenen Stellen im Ort und in den Ortsteilen umfangreiche Wasseranalysen gebe. Seines Wissens seien solche Parameter bei den Untersuchungen ebenfalls Prüfungsgegenstand.

c) Bohrungen letzte Woche

Ratsmitglied Voll fragt, ob die Bohrungen der letzten Woche im Zuge der Umgehungsstraße oder im Zuge der geplanten Straßensanierung nach Versbach erfolgten.

Es handelt sich, so 1. Bürgermeister Losert, um Baugrunduntersuchungen. Das Büro Maier wolle bei Planungen im Vorfeld wissen, auf welchem Terrain man sich bewege. Das Büro brauche dazu noch weitere Erkenntnisse. Die Bohrungen habe die Gemeinde beauftragt. Es soll ein Korridor untersucht werden.

Ratsmitglied Wetzel ergänzt, dass nicht nur auf der Trasse gebohrt werde, sondern es werde versetzt nach bestimmten Mustern untersucht.

d) Mobiliar und Bauunterhalt Matthias-Ehrenfried-Schule

Ratsmitglied Wetzel fragt nach der Zuständigkeit für Mobiliar und bauliche Angelegenheiten bei der Grundschule. Hintergrund sei eine Anfrage an ihn.

1. Bürgermeister Losert bejaht die diesbezügliche Zuständigkeit des Marktes als Sachaufwands-träger, was auch für die Maximilian-Kolbe-Mittelschule gelte.

e) Hygienebeutel Matthias-Ehrenfried-Schule

Ratsmitglied Wetzel führt aus, angesprochen worden zu sein, dass es auf den Damen-/ Mädchentoiletten in der ganzen Schule keine Hygienebeutel und Abfalleimer gebe. Das sei für Schülerinnen in der Grundschule aber wichtig. Er bitte um Überprüfung, ob Hygienemülleimer vorhanden seien, wenn nicht, bitte er um Anschaffung, was für die Gemeinde nur „peanuts“ wären, für die Betroffenen aber eine große Hilfe.

1. Bürgermeister Losert meint, dass man das bereits im Vorfeld mit der Rektorin oder dem Hausmeister hätte klären können. Er verstehe das Ganze deshalb jetzt nicht so richtig, werde sich aber kümmern.

1. Bürgermeister Burkard Losert schließt um 20:46 Uhr die öffentliche Sitzung des Marktgemeinderates.

Vorsitz

Schriftführung

Burkard Losert
1. Bürgermeister

Michael Amon
Geschäftsleitender Beamter